

KLAUS STEINITZ

Massenarbeitslosigkeit – ein unentrinnbares Schicksal?

Reproduktionskrise und die Zersetzung sozialer Strukturen

Die Massenarbeitslosigkeit erreichte Anfang 1996 mit 4,3 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen – real fehlten ca. 7 Millionen Arbeitsplätze – eine neue Rekordhöhe. Die Zahl der Erwerbslosen lag im Mai 1996 mit 3,82 Millionen um 357.000 über dem Stand vom Mai 1995. Diese verheerende Ausweitung der Arbeitslosigkeit nach einer äußerst kurzen Aufschwungphase ist primär nicht konjunkturellen Faktoren geschuldet. Die Sockelarbeitslosigkeit ist seit Mitte der siebziger Jahre von einem Konjunkturzyklus zum nächsten ständig angestiegen. Die niedrigste Arbeitslosenquote in Westdeutschland lag in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bei einem Prozent, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei vier Prozent. In den achtziger Jahren ist sie nicht mehr unter sieben Prozent gesunken. Nachdem die Wirkungen des Vereinigungsbooms vorüber sind, liegt sie seit 1993 bei über acht Prozent, mit weiter steigender Tendenz. Damit ist die BRD durchaus kein Einzelfall. Die Arbeitslosenquote wird 1996 in fast allen kapitalistischen Industriestaaten nach einer Prognose der Deutschen Bank Research – mit Ausnahme Japans, der Schweiz und Norwegens – bei über sechs, größtenteils bei über acht Prozent liegen.

Die hohe und tendenziell weiter steigende Massenarbeitslosigkeit mit ihren zerstörerischen Wirkungen auf die sozialen Beziehungen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sowie auch auf die Finanzierbarkeit des Sozialstaates ist Ausdruck einer tiefen Reproduktionskrise des Kapitals, einer Krise des gesamten gesellschaftlichen Systems, das auf der Verwertung von Kapital beruht.

Diese Krise findet ihren schlagenden Ausdruck in einer Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche in den neunziger Jahren, wobei die herrschenden Politikansätze mit ihrem Bestreben, zunehmend alle Lebensbereiche der Gesellschaft den Verwertungsinteressen des Kapitals unterzuordnen, eine verhängnisvolle Rolle spielen. Der Ausweg aus den angestauten Problemen wird mit marktradikalen Strategien verfolgt, durch die die Belastungen auf die Lohnabhängigen und vor allem die ärmsten Schichten übergewälzt werden sollen. Durch das Zusammenfallen von eskalierender Massenarbeitslosigkeit und Haushaltskrise, die durch rigorosen, alle Bereiche umfassenden Sozialabbau bekämpft werden soll, mit einer wachsenden Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Verschärfung der internationalen Konkurrenz werden die Bedingungen für die politischen und sozialen Ausein-

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Die verheerenden Wirkungen der Massenarbeitslosigkeit auf immer größere Teile der Bevölkerung und die zunehmende Angst der Beschäftigten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, schlägt sich auch in den Ergebnissen der Meinungsumfragen nieder. Für 53 Prozent aller in Ostdeutschland Befragten ist die Arbeit heute wichtiger als vor fünf oder sechs Jahren. Die Bereitschaft, Belastungen auf sich zu nehmen, um wieder Arbeit zu bekommen, hat sich in Ost und West erhöht. 1955 betrug diese Bereitschaft bundesweit hinsichtlich weiterer Arbeitswege 67 Prozent, ungünstigerer Arbeitszeit 61 Prozent, weniger interessanter Tätigkeit 54 Prozent, weniger Verdienst als früher 42 Prozent. Vgl. Sozialreport, 1995, S. 136.

Das »50-Punkte-Programm für Investitionen und Arbeitsplätze« der Bundesregierung enthält kaum Maßnahmen, die zu einer wirklichen Zurückdrängung der Massenarbeitslosigkeit beitragen können. Es ist im Kern kein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern zur Bekämpfung der Arbeitslosen, der Besitzlosen, die von Sozialleistungen leben müssen, und für eine weitere Umverteilung zuungunsten der Arbeitseinkommen. Vgl. O. König, Solidarbündnis statt Standortpakt, in: Sozialismus, extra, Frühjahr

andersetzungen der nächsten Jahre maßgeblich geprägt.

In den politischen Auseinandersetzungen des letzten Jahres sind im Vergleich zu früher die Probleme der Massenarbeitslosigkeit, ihre Ursachen und die Möglichkeiten ihrer Zurückdrängung folglich mehr in den Vordergrund gerückt. Mit dem Vorschlag des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel, ein »Bündnis für Arbeit« zu schaffen, erhielten die Debatten über eine Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, ungeachtet der sehr kontroversen Reaktionen, neue Impulse. Die bisherigen Gespräche zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Wirtschafts- bzw. Unternehmerverbände sowie die »Kanzler-Runden«, in deren Ergebnis sich die Teilnehmer zunächst auf ein »Bündnis für Arbeit und Standort-sicherung« verständigten, haben dreierlei gezeigt:

Erstens: Wie klein der Spielraum für ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften einerseits und den Unternehmerverbänden und der Regierungskoalition auf der anderen Seite ist. Nach den letzten Gesprächen im April und dem rigorosen Sparprogramm der Bundesregierung, mit dem die in den ersten »Kanzler-Runden« gegebenen Versprechungen offen mißachtet wurden, ist das »Bündnis« gescheitert.

Zweitens: Wie groß die Gefahr ist, daß gewerkschaftliche Positionen aufgegeben oder zumindest aufgeweicht werden. Mit der Aufnahme der »Standortsicherung« in das Bündnis haben die Gewerkschaften de facto auch die der Standortdebatte zugrunde liegende Argumentation über zu hohe Lohn- und speziell Lohnnebenkosten und notwendige »soziale Einschnitte« akzeptiert, während die Unternehmer- und Regierungsseite ihrerseits keinerlei substantielle Zusagen zur Schaffung von Arbeitsplätzen gemacht hat.

Drittens: Wie weit die Bundesrepublik tatsächlich von dem Ziel entfernt ist, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Mit einer Fortsetzung bisheriger Arbeitsmarktpolitik und einer Orientierung auf höheres Wirtschaftswachstum, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wird es keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit geben. Abgesehen von den ökologisch schädlichen Folgen einer Wachstumsorientierung wird das in den neunziger Jahren erreichbare Wachstum auch deshalb keine positiven Beschäftigungseffekte hervorrufen, da die Arbeitsproduktivität mindestens ebenso, wahrscheinlich jedoch schneller wachsen wird als die Produktion.

Erfolge im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und um Vollbeschäftigung wird es mit einem auf hohes Wachstum setzenden Kurs nicht geben, sondern nur bei grundlegenden Veränderungen im System der gesellschaftlichen Arbeit, bei tiefgreifender Umgestaltung der bisherigen Produktions- und Konsumtionsstrukturen. Dafür muß es gelingen, durch eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse die allgegenwärtige Dominanz des Profitprinzips zurückzudrängen.

Die bisherigen Debatten über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und die Wege sie zu bekämpfen, haben auch bei den Linken noch nicht zu konsensfähigen, überzeugenden und realistischen Alternativen geführt. Sie machen deutlich, wie widersprüchlich und kompliziert es ist, solche tragfähigen Konzepte auszuarbeiten.

Die verschiedenen und teilweise entgegengesetzten Vorstellungen über den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit haben eine wesentliche Grundlage in unterschiedlichen Auffassungen über ihre Ursachen. Dieselben ökonomischen Zusammenhänge und Prozesse werden im Hinblick auf ihre Wirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsplätze sehr unterschiedlich, ja teilweise sogar völlig entgegengesetzt bewertet.

Die Argumentationskette der Unternehmerseite und der Regierungskoalition gründet sich darauf, daß die Lohnkosten, speziell die Lohnnebenkosten, zu hoch seien, dadurch würden Investitionen verhindert sowie die Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen in das Ausland begünstigt und damit der Abbau von Arbeitsplätzen hervorgerufen. Dem wird von den Gewerkschaften und großen Teilen der Opposition entgegen gehalten, daß die Stagnation und der teilweise Rückgang der Reallöhne sowie der Sozialabbau zur Schwächung der Massenkaufkraft und damit der Nachfrage führen, wodurch wiederum das Wachstum der Produktion und die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert werden.

Von einigen linken Sozialpolitikern wird die zur offiziellen Wirtschaftstheorie genau entgegengesetzte – allerdings stark vereinfachende und auch einseitige – These aufgestellt, daß die zunehmende Umverteilung der Einkommen zu Lasten der Arbeitslöhne und der Sozialleistungen, wie sie sich seit 1982 vollzogen hat, die Hauptursache für die hohe Massenarbeitslosigkeit sei.

Der regierungsoffiziellen, von den Unternehmern gestützten Argumentation, daß die steuerlichen Belastungen der Unternehmen zu hoch seien, die Gewinnchancen und damit die Möglichkeiten sowie das Interesse an realen Investitionen geschmälert und die Kapitalflucht aus Deutschland befördert würden, wird von linken Wirtschafts- und Sozialpolitikern entgegengehalten, daß sich die steuerlichen Belastungen der Arbeitseinkommen und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den letzten 15 Jahren sehr zuungunsten der Arbeitseinkommen verschoben haben, und daß nachweisbar kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Höhe und Dynamik der Gewinne und der Investitionen besteht. Des weiteren muß beachtet werden, daß die oft beklagten, im internationalen Vergleich recht hohen gesetzlichen Steuersätze der Unternehmen mit den, gemessen an den tatsächlichen Abführungen, weit niedrigeren realen Steuersätzen kaum noch etwas zu tun haben.

Die im internationalen Vergleich kurze tarifliche Arbeitszeit verschlechtere die Konkurrenzbedingungen des deutschen Kapitals und erschwere damit die Schaffung von Arbeitsplätzen. Daher müsse mehr gearbeitet und dürften weitere Arbeitszeitverkürzungen nicht zugelassen werden. Dagegen wird von der Gewerkschaftsseite berechtigt argumentiert, daß gerade durch Verkürzung der Arbeitszeit in den vergangenen zehn Jahren ca. eine Million Arbeitsplätze geschaffen wurden, und daß angesichts der sieben bis acht Millionen gegenwärtig fehlenden Arbeitsplätze der weiteren Arbeitszeitverkürzung und speziell dem radikalen Abbau der Überstunden eine wichtige Rolle zukommt.

Die Ökosteuer wird von der Unternehmerseite u.a. auch mit der Begründung abgelehnt, eine dadurch hervorgerufene stärkere

1996, S. 5.

Der Anteil der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögenssteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag) am Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist von 37 Prozent zu Beginn der 80er Jahre auf nur noch 25 Prozent in 1995 zurückgegangen, während die steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter in dieser Zeit angestiegen ist von 16 Prozent in 1980 auf 20 Prozent in 1994.

Vgl. Memorandum '96, Kurzfassung, S. 10f.; Schäfer, WSI Mitteilungen 10/95, S. 607 und 610.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind von 1991, nach einem rezessionsbedingten Rückgang 1993, bis 1995 um 86 Mrd. DM (um 14 Prozent) gestiegen, während die Anlageinvestitionen 1995 gerade wieder das Niveau 1991 erreichten und die Nettoanlageinvestitionen noch unter diesem Niveau lagen.

Berechnungen nach Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1995/96; Wochenbericht DIW 7/96.

finanzielle Belastung der Unternehmen würde weitere Arbeitsplätze gefährden und vernichten. Auf der anderen Seite wird insbesondere von vielen Oppositionspolitikern die Unterbewertung natürlicher Ressourcen, von Energie und Rohstoffen, und die damit korrespondierende zu hohe ökonomische Belastung der lebendigen Arbeit, u.a. in Form der hohen Lohnnebenkosten, als eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit angesehen. Die Bündnisgrünen betrachten die rasche Einführung der Ökosteuer als Schlüsselfrage für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ebenso gegensätzlich sind die Auffassungen über den Zusammenhang von staatlicher Struktur- und Beschäftigungspolitik und Arbeitslosigkeit. Die Unternehmerseite sieht in einer übermäßigen staatlichen Regulierung und in der Ausdehnung des zweiten Arbeitsmarkts eine Ursache für Wettbewerbsverzerrungen und die unzureichende Entwicklung des ersten Arbeitsmarkts. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen fordern sie daher: Deregulierung, den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft – insbesondere Verzicht auf Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik – sowie weitere Privatisierungen. Von linken Wirtschafts- und Sozialpolitikern wird gerade das Fehlen einer aktiven Beschäftigungspolitik als ein Hauptgrund für die Zunahme der Erwerbslosigkeit angesehen. Sie fordern deshalb die Weiterführung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und ihre qualitative Weiterentwicklung in Richtung auf einen öffentlich geförderten, gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungs- oder Leistungssektor als zukunftsträchtigen, gleichberechtigten Bereich.

Worauf ist es zurückzuführen, daß es solch unterschiedliche, teilweise sogar diametral entgegengesetzte Bewertungen derselben Zusammenhänge und Prozesse gibt und warum ist es so schwer, zu einem tragfähigen, aussichtsreichen Konzept auf diesem für das Schicksal der Gesellschaft so wichtigen Gebiet zu kommen? Die Antwort ist vielschichtig und hängt vor allem damit zusammen, daß *erstens* der kapitalistische Reproduktionsprozeß objektiv widersprüchlich und komplex ist, was insbesondere den Verkauf der Arbeitskraft und ihre Verwertung betrifft und sich in den komplizierten Beziehungen zwischen Höhe und Dynamik von Profit, Akkumulation und Lohn widerspiegelt. Die Akteure der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vertreten *zweitens* gegensätzliche Interessen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer konservativen Hegemonie dominieren die Kapitalinteressen hier eindeutig. Dies wird *drittens* von den Tendenzen der weltwirtschaftlichen Globalisierung und der Verschärfung der internationalen Konkurrenz überlagert und ist *viertens* in die enge Verflechtung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen Politikfeldern einzuordnen.

Widersprüchlichkeit und Komplexität der kapitalistischen Reproduktionsprozesse

Die Marxsche Analyse der Kapitalverwertung zeigt, daß sich die Ware Arbeitskraft und damit auch der Arbeitsmarkt prinzipiell von allen anderen Waren und Warenmärkten unterscheiden. Im Verwertungsprozeß wird nicht der Wert der Ware Arbeitskraft auf

die Produkte übertragen, sondern Neuwert geschaffen, der nicht nur die Reproduktionskosten, den Wert der Arbeitskraft ersetzt, sondern auch Quelle von Mehrwert ist, den die Kapitaleigentümer aneignen. Bei einer gegebenen Größe des Neuwerts ist die Größe des Mehrwerts von der Wertgröße der Ware Arbeitskraft abhängig. Dieser Wert der Ware Arbeitskraft wird zunächst wie der Wert jeder anderen Ware durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion notwendige Arbeitszeit bestimmt. In die Wertbestimmung geht jedoch ein historisches und gesellschaftliches Element ein, das von den Besonderheiten der historischen Entwicklung und dem erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsniveau bestimmt wird, worin ein bestimmtes Niveau der Bedürfnisbefriedigung der Menschen eingeschlossen ist. Die Unterschiede in der Lohnhöhe zwischen verschiedenen Ländern widerspiegeln zu einem wesentlichen Teil diesen objektiven Sachverhalt. Werden bestimmte Reproduktionsbestandteile durch den Druck des Kapitals wieder aus dem historisch-gesellschaftlichen Element der Wertbestimmung eliminiert, stellt dies Zivilisationsverlust dar. Zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft müssen die abhängig Beschäftigten die hierfür notwendigen Lebensmittel im umfassenden Sinne größtenteils kaufen. Da der Anteil der Arbeitseinkommen am gesellschaftlichen Nettoprodukt (Neuwert) in der Bundesrepublik bei ca. zwei Dritteln liegt, wird die Nachfrage und damit die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarkts entscheidend von Höhe und Dynamik der Löhne bestimmt. Da der Preis für die Ware Arbeitskraft nicht unter ein reproduktives Minimum fallen kann, sind seiner Bestimmung durch Angebot und Nachfrage Grenzen gesetzt. Über das tatsächliche Niveau der Arbeitseinkommen entscheidet das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

Hieraus ergeben sich für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Lohnhöhe wichtige Konsequenzen:

Erstens sind die Löhne sowohl Kostenfaktor als auch das wichtigste Element der Nachfrage und damit von wesentlichem Einfluß auf die Produktionsentwicklung. Aus der Sicht des einzelnen Unternehmens sind die Löhne zunächst vor allem Kostenfaktor. Niedrige Lohnkosten verbessern die Konkurrenzposition des jeweiligen Unternehmens. Gesamtwirtschaftlich ergibt sich jedoch das entgegengesetzte Ergebnis. Je niedriger die Löhne sind, desto geringer ist die Massenkaukraft und damit auch die Marktgröße. Dies betrifft keineswegs nur die unmittelbar ausgezahlten Arbeitseinkommen, sondern auch die Lohnnebenkosten, die als Sozialleistungen ebenfalls Waren und Dienstleistungen nachfragen. Ihr Gewicht ist im Verlaufe der Nachkriegsperiode – infolge des Ausbaus des Sozialstaates und später aufgrund der eskalierenden Arbeitslosigkeit – gestiegen. Eine Reduktion der Lohnnebenkosten durch den Abbau sozialer Leistungen, wie er von der Bundesregierung gegenwärtig angestrebt wird, führt also über Einschnitte in den Sozialeinkommen vor allem der ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsschichten ebenfalls zu einer Verringerung der Binnennachfrage.

Eine volks- wie betriebswirtschaftlich rationale Senkung der Lohnnebenkosten läßt sich durch den Abbau der Massenar-

»Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.«
Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, S. 249.

beitslosigkeit erreichen. Durch die Verringerung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Sozialkosten und die Stärkung der Masseneinkommen durch die zusätzlich Erwerbstätigen würden dann einerseits die Produktionskosten fallen und andererseits die Nachfrage steigen.

Zweitens spiegeln die gewerkschaftlichen Kämpfe um höhere Löhne und die Auseinandersetzungen um die Sicherung der Sozialleistungen die Besonderheiten bei der Wert- und Preisbestimmung der Ware Arbeitskraft und der Funktionsweise des Arbeitsmarkts wider. Nur durch den Widerstand gegen Reallohnsenkung und Sozialabbau kann das Herabdrücken der Lohneinkommen unter die notwendigen Reproduktionskosten der Arbeitskraft verhindert werden. Unter den heutigen Bedingungen ist der Kampf um die Sicherung sozialer Standards (Löhne und Sozialleistungen) sehr eng und in vielfältiger Weise mit den Kämpfen gegen die Massenarbeitslosigkeit verbunden.

Drittens gilt es, die differenzierten Wirkungen einer Senkung der Lohnkosten und Sozialleistungen auf die verschiedenen Gruppen des Kapitals zu berücksichtigen. Sie bedienen vorrangig die Interessen der exportierenden Unternehmen, indem sie über Kostensenkungen deren Konkurrenzposition auf den Außenmärkten verbessern. Dem entgegen stehen die Interessen der vorwiegend für den Binnenmarkt produzierenden Firmen – zu einem überproportionalen Teil kleine und mittlere Betriebe –, die von einer Politik der Einkommenskürzung vor allem negativ betroffen sind.

Viertens ist eine Politik der Senkung von Sozialleistungen, die zu einer Reduzierung oder qualitativen Verschlechterung von Bildung und Qualifizierung, von gesundheitlicher Betreuung und kultureller Reproduktion führt, auch ökonomisch kontraproduktiv, da sie langfristige Wettbewerbs- und Standortvorteile zugunsten kurzfristiger Kosteneffekte opfert, indem sie die gesellschaftliche Stabilität auf lange Sicht untergräbt.

In der Debatte um die Ökosteuer und ihre potentiellen Wirkungen auf die Beschäftigung spiegeln sich die objektiv widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen möglicher Verbilligung der Arbeitskraft und stärkerer Kostenbelastung der Unternehmen durch die Inanspruchnahme von Naturressourcen – vor allem von Energie. Aus der Einführung einer Ökosteuer würde sich, unabhängig davon, ob sie mit einer Senkung der Sozialabgaben verbunden wird, eine relative Kostenentlastung der lebendigen Arbeit ergeben. Damit würde der Rationalisierungsdruck, der bisher übermäßig auf den Arbeitsplatzabbau gerichtet ist, stärker auf die Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs verlagert werden. Diese Wirkungen wären allerdings volkswirtschaftlich ungleich verteilt. Die ressourcenintensiven Zweige würden durch die Ökosteuer insgesamt höher belastet, wodurch dort objektiv Arbeitsplätze gefährdet würden. Aus dem stärkeren ökonomischen Druck auf die Senkung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen sowie auf die Verringerung von Umweltschäden durch Abprodukte würden sich aber auch stärkere Stimuli für die Umweltindustrie, für die Entwicklung und Herstellung von Umwelttechnologien sowie für

umweltfreundliche Strukturveränderungen z. B. in der Energiewirtschaft, im Verkehrswesen, im Bauwesen (wärmedämmende Bauweisen) usw., und damit für die Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze ergeben. Die objektiv widersprüchlichen Wirkungen einer Ökosteuer erschweren Einschätzungen über ihre Arbeitsplatzeffekte. Bisherige Analysen, wie die vom DIW im Auftrage von Greenpeace angefertigte Studie, lassen jedoch einen insgesamt beträchtlichen positiven Beschäftigungseffekt erwarten. In bestimmten Branchen und Regionen – z.B. Regionen mit einer hohen Konzentration des Kohlenbergbaus, der Hüttenindustrie und der Grundstoffchemie – können jedoch beträchtliche Arbeitsplatzverluste eintreten.

Insgesamt wird die Tendenz zum Abbau von Arbeitsplätzen im primären und sekundären Bereich weiter anhalten, die Produktivitätssteigerung (Produktion je Stunde) wird in diesen Bereichen auch in der nächsten Zeit das Wachstumstempo der Produktion beträchtlich übertreffen. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit in den Bereichen Staat und Dienstleistungen wird jedoch in Zukunft, insbesondere infolge der Ausbreitung von moderner Informations- und Kommunikationstechnik und durch die »Verschlankung« des Staates, nicht mehr den Arbeitsplatzrückgang in den produzierenden Bereichen ausgleichen. Auch hier werden in einigen davon besonders betroffenen Zweigen die Arbeitsplätze absolut abnehmen.

Dabei spitzt sich der für die kapitalistische Produktion typische Widerspruch zu, daß einerseits immer mehr Menschen in die Erwerbslosigkeit gezwungen werden, obgleich auf der anderen Seite ein dringender Bedarf an Arbeiten auf den Gebieten Soziales, Kultur, Bildung, Infrastruktur, Umweltschutz, Stadtsanierung u.ä. besteht. Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus. Vielmehr verhindert die Profitschranke, daß dringende, gesellschaftlich notwendige Arbeiten verrichtet werden.

Um diesen Widerspruch zu lösen, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Einmal könnten die Löhne für solche Arbeiten soweit gesenkt oder/und die Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen soweit erhöht werden, bis sich die Kapitalanlage in diesen Bereichen lohnt, d.h. eine durchschnittliche Kapitalrendite (Durchschnittsprofitrate) erreichbar wird. Zum anderen gäbe es die Möglichkeit, den Zwang der Profitabilität für solche gesellschaftlich notwendigen, vor allem für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft vordringlichen, Arbeiten aufzuheben, indem ein öffentlich geförderter, gemeinwirtschaftlicher Leistungs- bzw. Beschäftigungssektor geschaffen und erweitert wird. In diesem Sektor würde das Profitprinzip durch das Prinzip der Gemeinnützigkeit ersetzt. Die erste Variante hätte zur Folge, daß immer mehr gesellschaftliche Aufgaben dem Verwertungszwang des Kapitals untergeordnet werden. Da damit die zahlungsfähige Nachfrage auf ein relativ kleines Marktsegment begrenzt würde, wäre eine Zunahme der Polarisierungs- und Verarmungstendenzen unvermeidlich und die Ausföhrung der notwendigen Arbeiten keineswegs gesichert – eine Scheinlösung also. Nur der zweite Weg schafft perspektivisch die Bedingungen für die Lösung einer doppelten Aufgabe,

Die Entwicklung der Produktivkräfte und volkswirtschaftliche Strukturveränderungen der letzten Jahrzehnte haben zu einschneidenden Wirkungen auf die Arbeitsplatzverteilung im volkswirtschaftlichen Maßstab geführt. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nahm in der Zeit von 1970 bis 1994 im früheren Bundesgebiet um 4 Millionen ab – von 15,2 Millionen auf 11,2 Millionen Erwerbstätige. In der gleichen Zeit nahm die Anzahl der Erwerbstätigen in den Bereichen Dienstleistung, Staat, private Haushalte um 5,4 Millionen, von 6,5 Millionen auf 11,9 Millionen, zu.

Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze zu schaffen und den dringenden Bedarf nach diesen Leistungen zu befriedigen. Die Chancen seiner Realisierung hängen jedoch davon ab, inwieweit die Dominanz des Profitprinzips im gesellschaftlichen Maßstab durch eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zurückgedrängt werden kann.

Interessengegensätze der Akteure von Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenpolitik

Die Kontroversen über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und die unterschiedlichen Konzepte zu ihrer Bekämpfung sind insbesondere Ausdruck der Interessendivergenzen zwischen den Akteuren der Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenpolitik – vor allem der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie der staatlichen Institutionen.

Für die Unternehmer ist die Arbeitslosigkeit funktional, weil sie ihnen gestattet, permanent Druck auf die Löhne auszuüben bzw. diesen zu erhöhen. Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit wird folglich genutzt, um besonders aggressiv gegen die Ergebnisse jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe – Flächentarifverträge, soziale Vergünstigungen in den Betrieben, ein ausgebautes Sozialsystem, zu dem die Unternehmen entsprechend beitragen – vorzugehen.

Da auf seiten der Unternehmer kurzfristige, betriebswirtschaftliche Interessen dominieren, richtet sich ihr Streben vor allem gegen die angeblich zu hohen Lohnkosten, die die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern würden und ein Hauptgrund für die Beseitigung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung seien. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung und damit die Entwicklung der Auftrags- und Absatzlage, die ja zu einem hohen Grad von den Löhnen und Sozialleistungen abhängig sind, bleiben weitgehend unreflektiert. Ähnlich verhält es sich auch mit der Ökosteuer, die größtenteils nur als weitere Belastung angesehen wird. Die bisherigen Ergebnisse der Umverteilung zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die Steuersenkungen der vergangenen Jahre reichen ihnen nicht aus. Eine weitere Umverteilung von unten nach oben zur Erhöhung der Profite als Basis für die Investitionen sei unumgänglich für die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Dabei wird verschwiegen, daß ein tendenziell abnehmender Teil der Profite für Investitionen genutzt wird und ein zunehmender Teil in Geldanlagen verwandelt wird.

Natürlich gibt es in den Produktions-, Absatz- und Profitbedingungen sowie im Ausmaß der Belastung der Unternehmen durch Lohn- und Lohnnebenkosten und daher in den Interessen der Unternehmer beträchtliche Unterschiede. Von den Lohnnebenkosten sind kleine und mittlere Unternehmen und vor allem die ostdeutschen Unternehmen in der Regel weit stärker betroffen als die Großunternehmen.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung, die Gewerkschaften, ist die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit in mehrfacher Hinsicht die größte soziale Geißel: Sie schwächt ihre Position auf dem Arbeitsmarkt und in den tariflichen Auseinandersetzungen, verschlechtert ihre Lebensbedingungen

Von den Jahresüberschüssen nach Steuern, den Amortisationen und Investitionszulagen wurden in den letzten Jahren im Durchschnitt nur 60 Prozent für Sachinvestitionen eingesetzt.

Vgl. Memorandum '96, Kurzfassung, S. 11.

unmittelbar und bis in das Alter infolge niedrigerer Renten, entwertet die erworbene Qualifikation und ist die Hauptquelle von Armut und Obdachlosigkeit. Mit den sich verschlechternden Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, mit der Bedrohung von bisher als relativ stabil geltenden Arbeitsplätzen und dem Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit, verschieben sich die Interessen der Lohnabhängigen an sicheren Arbeitsplätzen, höheren Reallöhnen, besseren Arbeitsbedingungen, größerer Zeitsouveränität, sozialer Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und im Alter zugunsten gesicherter Arbeitsplätze. Dem Recht auf Arbeit kommt immer deutlicher die entscheidende Rolle zu. Von seiner Verwirklichung sind die Ergebnisse bei der Durchsetzung der anderen Interessen weitgehend abhängig.

Die Interessen der abhängig Beschäftigten sind jedoch nicht homogen. Zum grundlegenden Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital kommen Widersprüche und Konflikte zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in relativ sicheren und gut bezahlten Jobs und solchen unter prekären Arbeitsverhältnissen hinzu. Tendenzen der Entsolidarisierung und der Ausdehnung der Konkurrenz auf die innerbetrieblichen Beziehungen wirken als zusätzliche Barrieren gegen die Durchsetzung der Interessen der sozial Schwächeren. So stößt die gewerkschaftliche Forderung, Überstunden abzubauen, um daraus zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auch vieler Beschäftigter, für die Überstunden notwendig sind, um ihren Lebensstandard zu sichern bzw. die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen.

Isolierte Lösungsvorschläge für ausgewählte Probleme und Lebensbereiche führen häufig zur Zuspitzung von anderen Problemlagen. Der angesichts der Massenarbeitslosigkeit hohe Druck auf die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gerät nicht selten in Widerspruch zur Forderung nach Arbeitsplätzen, die Grundlage für Humanisierung und Selbstbestimmung von Arbeit sein können, die dazu beitragen, prekäre Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die den ökologischen Umbau voranbringen.

Die verschiedenen Interessen werden von Linken oft losgelöst voneinander behandelt und auch häufig von unterschiedlichen sozialen Bewegungen oder Interessengruppen artikuliert, ohne die Verflechtungen mit anderen Interessen ausreichend zu berücksichtigen. Daher erscheinen sie teilweise »unversöhnlicher« als sie tatsächlich sind. Interessen, zwischen denen kurzfristig kaum ein Ausgleich möglich scheint, weisen oft einen relativ hohen Grad an »Gemeinsamkeiten« auf, wenn ein längerer Zeitraum zugrundegelegt wird.

Eine linke Oppositions- und Reformpolitik, die von der Verschiedenheit der Interessen ausgeht und diesen den notwendigen Bewegungs- und Entfaltungsraum geben will, darf die realen Probleme und Konflikte nicht verschleiern. Sie muß davon ausgehen, daß es meist nicht möglich sein wird, eine befriedigende Lösung zu finden, wenn eine bestimmte Interessenkategorie verabsolutiert, ihre rigorose Durchsetzung gefordert wird, ohne die Verflechtungen zu anderen Interessen zu beachten, d.h. es ist ein

ganzheitliches Politikverständnis notwendig, das sowohl ökonomischen als auch ökologischen und sozialen Erfordernissen Rechnung trägt und Kompromisse ermöglicht. Eine realistische Politik darf sich nicht auf kurzfristige Lösungsansätze beschränken, sondern muß von langfristigen Vorstellungen der Interessenvermittlung und des Interessenausgleichs ausgehen und die Schritte bis zur »Interessenversöhnung« deutlich machen. Schließlich müssen zeitweilige Kompensationsmaßnahmen vorgesehen werden, insbesondere um sozial verträgliche Lösungen zu ermöglichen.

Die Institutionen des Staates nehmen eine widersprüchliche Position bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Entsprechend den herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnissen in den kapitalistischen Industriemetropolen sind vor allem die Interessen der Banken und der großen Unternehmen bestimmend für die staatliche Politik. Dies wird in der für die jüngste Zeit typischen zunehmenden Unterordnung der Gesellschaft unter die Wirtschaft, d.h. unter die Erfordernisse der Kapitalverwertung deutlich. Je nach den Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten und dem Charakter der Regierungskoalition sowie in Abhängigkeit von der Bereitschaft zum Widerstand seitens der Lohnabhängigen sowie der sozialen und ökologischen Bewegungen kommen die verschiedenen Interessen mehr oder weniger direkt und konfrontativ zum Ausdruck. Bei der gegenwärtigen neokonservativen Regierungskoalition ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend identisch mit der Durchsetzung von Unternehmerinteressen. Dies äußert sich darin, daß die Einschätzung der Ursachen der Arbeitslosigkeit – Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit infolge zu hoher Lohnkosten und zu starker Belastung der Unternehmen durch Steuern und Abgaben – durch die Bundesregierung und ihre Konzepte zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit weitgehend identisch sind mit denen der Unternehmerverbände, wobei letztere nicht selten zeitlich vorausseilend das offen und ungeschminkt einfordern, was schließlich von der Regierung – in »abgemilderter« Form – beschlossen wird.

Die Regierungskoalition steht dabei vor dem Widerspruch, einerseits zugunsten verbesserter Kapitalverwertung ein marktradikales, angebotsorientiertes Konzept zu verwirklichen, das auf noch stärkere Deregulierung, Privatisierung, restriktive Geldpolitik und Umverteilung zugunsten der Geldkapitalbesitzer hinausläuft, und andererseits eine Eskalation sozialer Konflikte, die den sozialen Frieden bedroht und die Fortsetzung einer CDU-geführten Regierung nach den nächsten Wahlen gefährden könnte, verhindern zu müssen. Daher ihre, im Vergleich zu den rücksichtslosen Forderungen von Murmann, Stihl und Henkel etwas »abgemilderten« Vorschläge zum Sozialabbau.

Die Erklärungsmuster und Konzeptionen der Bundesregierung und der Unternehmerverbände stützen sich auf den mainstream der angebotsorientierten, neoklassischen Wirtschaftstheorie, der ihnen die »wissenschaftliche« Begründung – z.B. in den Jahresgutachten zur Wirtschaftsentwicklung und anderen Verlautbarungen der »fünf Weisen« – für ihre Politik liefert. Dem widerspricht nicht, daß von dieser Seite auch Kritik an der Wirtschaftspolitik der

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1954 in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß soziale Marktwirtschaft »zwar eine nach dem

Regierung vorgebracht wird, meist weil marktradikale Deregulierung und Sozialabbau zu inkonsequent durchgesetzt würden.

Gegenüber alternativen Vorschlägen für eine staatliche Struktur- und Beschäftigungspolitik wird oft der Vorwurf erhoben, sie verstoße gegen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und das Grundgesetz. Das Grundgesetz schreibt jedoch keine Wirtschaftsordnung zwingend vor. In seinem Rahmen sind verschiedene Wirtschaftsordnungen möglich.

Tendenzen wirtschaftlicher Globalisierung

Der Konkurrenzkampf erhält zunehmend globale Züge und nimmt auf allen wichtigen ökonomischen Feldern insbesondere zwischen den Triademächten USA, Japan/Ostasien, Westeuropa an Schärfe zu. Die Tendenz zur Globalisierung ist bei den Finanzmärkten am stärksten ausgeprägt, am geringsten bei den Arbeitsmärkten. Der globale Charakter kapitalistischer Standortkonkurrenz sowie die heute fast unbegrenzte Kapitalmobilität führen in den Nationalökonomien zu gravierenden Veränderungen bisheriger Wirtschaftsstrukturen. Durch die Entfesselung finanzieller Transaktionen von Raum und Zeit und der Deregulierung der Geldpolitik werden die Einflußmöglichkeiten nationaler Wirtschafts- und Geldpolitik zwar eingeschränkt, die tatsächlich vorhandenen Spielräume werden jedoch nicht genutzt. Dies gilt insbesondere für eine aktive Beschäftigungspolitik und ebenso für die Bemühungen um international koordinierte Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit. Während also die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik im Rahmen der EU wäre, ist die Politik der Mitgliedsländer einseitig auf die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien und den rigiden Terminplan zur Einführung der Währungsunion bis zum 1. Januar 1999 fixiert. Die drastischen »Spar«maßnahmen der öffentlichen Haushalte, die zur Einhaltung der Konvergenzkriterien notwendig sind, werden der Arbeitslosigkeit weiteren Auftrieb geben.

Angesichts der zunehmenden Einwirkung der internationalen Konkurrenz auf die nationalen Wirtschaftsabläufe dürfen die Augen davor nicht verschlossen werden, daß dadurch die Unsicherheiten und Risiken der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zunehmen, und daß auch eine realistische linke Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diese Zusammenhänge berücksichtigen muß. Vorschläge für eine europaweite beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, wie sie schon in einigen Ansätzen im Weißbuch der EU-Kommission für Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung aus dem Jahre 1994 enthalten waren, müßten einen herausragenden Platz in alternativen Wirtschaftskonzepten erhalten. Hierzu gehören auch international koordinierte Maßnahmen zur Eindämmung von Finanz- und Währungsspekulation sowie der Kapitalflucht.

Verflechtungen der Arbeitslosigkeit mit anderen Politikfeldern

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist mit anderen wichtigen Politikfeldern verbunden – insbesondere mit dem ökologischen Umbau und dem Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung so-

Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche« ist. In diesem Grundsatzurteil heißt es weiterhin, daß »es verfassungsrechtlich ohne Bedeutung ist, ob das zur Wirtschaftslenkung verwandte Mittel 'marktkonform' ist«. Ein gezieltes Eingreifen des Staates im Sinne der Sozialpflicht des Eigentums und des Sozialstaatsgrundsatzes steht somit nicht im Gegensatz zum Grundgesetz, sondern ist vielmehr eine daraus abgeleitete Forderung.

wie mit der Gleichstellungsproblematik, vor allem mit der Überwindung der Diskriminierung der Frauen in der Erwerbsarbeit (höhere Frauenarbeitslosigkeit besonders in den neuen Bundesländern, wo fast zwei Drittel aller Arbeitslosen weiblich sind, Unterrepräsentanz von Frauen bei höher qualifizierten und besser bezahlten Stellen, weit höhere Frauenanteile in der Teilzeitarbeit und bei sozial ungeschützten, prekären Arbeitsverhältnissen) und bei einer gerechteren Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit bzw. von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Ferner geht es um die Schaffung behindertengerechter Ausbildungs- und Arbeitsplätze und um Querverbindungen zur Ausländerpolitik, wo die Diskriminierung von AsylbewerberInnen bei der Vergabe von Arbeit überwunden werden muß und Lohnregelungen für ausländische ArbeitnehmerInnen, die in der Bundesrepublik arbeiten, gefunden werden müssen. Einen besonderen Schwerpunkt einer beschäftigungsorientierten Strukturpolitik bildet nach wie vor die Entwicklung in Ostdeutschland. Nach der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen infolge der Deindustrialisierung haben sich mit dem Konjunkturunbruch in den alten Bundesländern Ende 1995/Anfang 1996 die Chancen auf eine wirtschaftliche Revitalisierung in den neuen Bundesländern wieder drastisch verschlechtert. Die im Vergleich zu den alten Bundesländern fast doppelt so hohe Arbeitslosenquote ist in den letzten Monaten wieder stärker gestiegen als in Westdeutschland.

Konsequenzen für eine Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Aus der Widersprüchlichkeit und Komplexität der Prozesse die der Massenarbeitslosigkeit zugrunde liegen, können einige Konsequenzen für eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeleitet werden.

Erstens: Die Massenarbeitslosigkeit ist keine schicksalhafte Erscheinung, die fatalistisch hingenommen werden muß. Erfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind vor allem davon abhängig, daß sie politisch gewollt sind und entsprechend an die Spitze der politischen Prioritäten gestellt werden. Dies kann die von der Regierung Kohl verfolgte Politik des »weiter so« nicht leisten. Veränderungen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wird es nur durch eine veränderte Machtkonstellation und durch ständigen politischen Druck geben, wovon die Bundesrepublik noch weit entfernt ist. Aber auch für eine andere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gilt, daß es keinen Königsweg zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, keine einfachen, konfliktfreien, kurzfristigen Erfolge geben wird. Die meisten Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind nicht problem- und widerspruchsfrei. Die mit ihnen angestrebten Ergebnisse stellen größtenteils mehr oder weniger qualifizierte Schätzungen dar. Eine zuverlässige Quantifizierung ist kaum möglich. Dies gilt für die Wirkungen solcher Vorschläge wie die Einführung einer Ökosteuer, die Inkaufnahme einer höheren Staatsverschuldung und auch für Arbeitszeitverkürzungen. Erst recht trifft dies für die aufgrund einer weiteren Schwächung der Nachfrage sehr zweifelhaften Beschäftigungs-

effekte zu, die Lohnverzicht und Kürzung von Sozialleistungen haben sollen.

Zweitens: Die Konzepte von Unternehmern und Regierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Reallohnsenkung und Sozialabbau führen in eine Sackgasse. Auf ihrer Grundlage bleiben die Versprechungen, die Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende zu halbieren, völlig leer und unreal. Ein »Bündnis für Arbeit« setzt Zugeständnisse von seiten aller Beteiligten voraus. Dem gegenüber beruhen die Ergebnisse der Kanzlerrunden auf einseitigen Zugeständnissen der Gewerkschaften, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine tragfähige Grundlage für eine Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind sie nicht.

Drittens: Vorschläge, die auf eine Umverteilung von oben nach unten, zu Lasten der Reichen, gerichtet sind, bilden einen unverzichtbaren Bestandteil linker Konzepte für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Durch Umverteilung können wesentliche finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, um die zur Streichung oder Senkung vorgeschlagenen Sozialleistungen aufrecht zu erhalten und eine aktive Beschäftigungspolitik zu finanzieren. Sie werden jedoch nur dann zu wesentlichen Ergebnissen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen führen, wenn sie in ein Konzept zur Umgestaltung des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit, vor allem einer Neustrukturierung und Neuorganisation der wertschöpfenden Arbeit, der gesellschaftlichen Produktion integriert werden.

Eine solche Politik, die auf die Verbindung von Einkommens- und Vermögensumverteilung und zukunftsfähiger Umstrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit und Produktion gerichtet ist, wird auch mittelfristig dazu beitragen, die öffentlichen Haushalte ohne tiefe Einschnitte in die Sozialleistungen zu konsolidieren. Voraussetzung dafür ist, daß keine weitere Senkung der Unternehmenssteuern erfolgt, jedoch innerhalb dieser Steuern die Gewinnverwendung für Investitionen, speziell für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, gegenüber spekulativen Geldanlagen begünstigt wird. Diese Problematik besitzt für eine linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik deshalb einen solch hohen Stellenwert, weil tragfähige Konzepte zur mittelfristigen Stabilisierung der Haushalte eine wichtige Voraussetzung sind, um dem Widerstand gegen Sozialabbau und den Aktionen für eine aktive Beschäftigungspolitik eine größere Überzeugungskraft zu geben. Dabei ist es notwendig, die Diskussion über die Finanzierbarkeit der Sozialleistungen von ihrer bisherigen Enge zu befreien. Solange sie auf den traditionellen Komplex sozialer Auseinandersetzungen beschränkt bleibt, kann es kaum befriedigende Lösungen geben. Versuche einer Neubestimmung sollten Fragen wie Lastenausgleich durch eine einmalige Abgabe auf große Vermögen, Besteuerung der Börsenumsätze und internationaler Währungsspekulation, einschließen. Dadurch könnten die Spielräume für die Umverteilung der Finanzierungslasten des Sozialstaates wesentlich erweitert werden.

Eine Politik zur Neustrukturierung und Neuorganisation der wertschöpfenden Arbeit, zur Erhaltung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze müßte vor allem folgende Elemente umfassen:

Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen kann in Verbindung mit einer Umstrukturierung der gesellschaftlichen Produktion Voraussetzungen schaffen für:

- die Stärkung des Binnenmarkts,
- Veränderungen in den Nachfrage- und Angebotsstrukturen nach materiellen Gütern und Dienstleistungen, die den Erfordernissen eines nachhaltigen, zukunftsfähigen Wirtschaftens entsprechen,
- die Überwindung einer Situation, in der die Koppelung der Sozialabgaben an die Löhne dazu führt, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen bestraft wird,
- eine ökonomisch wirksamere Stimulierung von Einsparungen an Energie und Rohstoffen in Produktion und Konsumtion mit Hilfe einer Ökosteuer,
- eine stärkere Stimulierung der Realakkumulation gegenüber Geldanlagen.

eine Strukturpolitik, die auf ökologischen Umbau und die Herausbildung einer zukunftsfähigen Produktionsstruktur sowie eines modernen Dienstleistungssystems gerichtet ist;

eine Umorientierung der Investitions-, Forschungs- und Technologiepolitik auf eine wirksame Förderung zukunftsorientierter Innovationen, die den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen;

die stärkere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, in denen nach den bisherigen Erfahrungen der Hauptteil neuer Arbeitsplätze entsteht;

eine stärkere Orientierung auf die Herausbildung und Festigung regionaler Wirtschaftskreisläufe und auf die Erweiterung der Spielräume für eine eigenständige Wirtschaftstätigkeit der Kommunen;

die vorrangige Entwicklung sozial-kultureller, Umwelt- und Infrastrukturbereiche, auf Grundlage eines öffentlich geförderten, gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektors, der nach dem Prinzip der Gemeinnützigkeit arbeitet;

die Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch differenzierte Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung, beginnend mit Maßnahmen zum Abbau von Überstunden und deren Umwandlung in neue Arbeitsplätze. Dabei müßte ein realistisches Konzept für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitreduzierung vor allem den differenzierten Interessen der Lohnabhängigen Rechnung tragen und auf einen akzeptablen Interessenausgleich zwischen kürzeren Arbeitszeiten, Flexibilisierung der Arbeit und höherer Zeitsouveränität orientieren. Weiterer Diskussionsbedarf besteht u.a. zu den Beziehungen zwischen Arbeitszeitverkürzung, einschließlich verstärkter Teilzeitarbeit, und Lohnausgleich bei größeren Schritten der Arbeitszeitverkürzung sowie zur Berechnungsbasis der Lohnersatzleistungen und der Rente bei Teilzeitarbeit, um soziale Benachteiligungen der in Teilzeitarbeit Beschäftigten einzuschränken.

Viertens: Vorschläge zur Sicherung des Rechts auf Arbeit für alle, die an der Erwerbsarbeit teilnehmen wollen, dürfen nicht darauf beschränkt sein, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Sie müssen auch die spezifischen Verflechtungen mit anderen sozialen, ökologischen und politischen Erfordernissen berücksichtigen. Dabei geht es vor allem darum, daß Konzepte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit Vorschläge enthalten müßten, wie die Benachteiligung von Frauen in der Erwerbsarbeit und in der geschlechtlichen Arbeitsteilung und wie die Diskriminierung reproduktiver Arbeit eingeschränkt und überwunden werden können.

Für eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es unverzichtbar, die bisherige Trennung wirtschafts-, beschäftigungs- und umweltpolitischer Vorstellungen zu überwinden. Das verlangt, die Probleme und Konflikte zwischen diesen Politikfeldern aufzudecken und zu analysieren sowie Ansätze herauszuarbeiten, wie sie gelöst werden können. In Lösungsvorschlägen sollten auch Vorstellungen über notwendige und vertretbare Kompromisse enthalten sein. Im Rahmen bundesweiter Vorschläge für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit kommt der ostdeutschen Problematik und davon abgeleiteten Konzepten ein besonderes Gewicht zu.

Fünftens: Linke Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit können nicht an den Tendenzen zunehmender Globalisierung der Wirtschaft und speziell der Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke, wie der EU, vorbeigehen. Die weiter ansteigende Massenarbeitslosigkeit ist nicht auf einzelne Staaten beschränkt, sondern hat alle Industriestaaten ergriffen. Ein Grundmangel der meisten Vorschläge zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit liegt in ihrer doppelten nationalen Beschränktheit. Einerseits enthalten sie nur Maßnahmen im nationalen Maßstab, ein international koordiniertes Vorgehen gegen diese Hauptgeißel fehlt. Die im Weißbuch der EU für Beschäftigung, Wettbewerb und Wachstum enthaltenen Ansätze hierfür wurden von der Bundesregierung hintertrieben. Andererseits tragen die Vorstellungen der Bundesregierung, wie sie in ihrem Standortkonzept zur Erhöhung der Wettbewerbs- und speziell der Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft enthalten sind, nationalistischen Charakter. Sie sind unter anderem auch darauf gerichtet, mit einem hohen Exportüberschuß Arbeitsplätze in anderen Ländern zu vernichten.

Es ist höchste Zeit, gemeinsame, international bzw. EU-weit koordinierte Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit auszuarbeiten und zu erörtern. Hierzu gehören auch Vorschläge, wie einem Sozial- und Umweltdumping entgegengewirkt und wie Kapitalflucht und Währungsspekulation eingedämmt werden können.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge ist vor allem davon abhängig, welche gesellschaftliche Unterstützung sie erfahren. Dies wird wiederum stark davon beeinflusst, inwieweit es gelingt, vorhandene Widerstands- und Reformpotentiale durch die Bündelung von Interessen um konkrete, faßbare Forderungen zu erschließen.

Hierfür könnten folgende kurzfristige Forderungen im Vordergrund stehen:

Verhinderung des weiteren Sozialabbaus;

Erhaltung finanz- und haushaltspolitischer Spielräume u.a. durch die Beseitigung von Steuersubventionen, die Reiche privilegieren, eine höhere Besteuerung von Spekulationsgewinnen und von Vermögenseinkommen oberhalb einer bestimmten Freigrenze, wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehungen;

ungekürzte Weiterführung der bisherigen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und schrittweiser Aufbau eines öffentlich geförderten, gemeinwirtschaftlichen Leistungs- und Beschäftigungssektors.